

Wegen des Himmelfahrtsfestes erscheint die nächste Nummer Freitag, 23. Mai, nachmittags 4 Uhr.

Telegraphische Depeschen.

* Berlin, 20. Mai. Das über den Untergang des Großen Kurfürsten ergangene kriegsrechtliche Erkenntnis ist dem Vernehmen nach vom Kaiser aufgehoben und ein neues Kriegsgericht bestellt, zu dessen Präses, wie verlautet, der Generalinspector der Artillerie, v. Poddbielsky, ernannt ist. (Wiederholt.)

* London, 20. Mai. Ihre Maj. die Deutsche Kaiserin wird heute hier erwartet.

* Brüssel, 20. Mai. Deputirtenkammer: Der Präsident theilte den gestern erfolgten Tod des Bürgermeisters Anspach mit und gedachte des Verstorbenen in warmen Worten. Die Kammer wählte eine Deputation, welche den morgen Nachmittag um 2 Uhr stattfindenden Leichenfeierlichkeiten beiwohnen soll.

* Aus dem Haag, 20. Mai. Die II. Kammer hat den Gesetzentwurf betreffend den Bau von Kanälen mit 40 gegen 39 Stimmen abgelehnt. Die Discussion wurde darauf auf Antrag der Regierung vertagt.

* Bukarest, 19. Mai. Die Deputirtenwahlen des das bürgerliche Element repräsentirenden zweiten Wahlcollegiums sind für die liberale Partei günstig ausgefallen, die bei der Landbevölkerung bereits erfolgten Wahlmännerwahlen lassen mit Sicherheit eine weitere Vermehrung der Zahl der liberalen Deputirten erwarten, die Majorität, auf welche die Regierung in der neuen Kammer zu rechnen haben wird, kann daher schon jetzt auf drei Viertel der Gesamtzahl der Kammermitglieder veranschlagt werden.

* Wien, 20. Mai. Meldungen der Politischen Correspondenz. Aus Philippopol vom 20. Mai: „Der bulgarische Exarch hat das Aktionscomité für die Vereinigung von Ostrumelien mit Bulgarien aufgefordert, den Wünschen des Kaisers Alexander durch Verzichtleistung auf jede weitere Agitation nachzukommen. Das Aktionscomité hat hierauf beschlossen, sich aufzulösen und ein neues Comité mit einem friedlichen Programm zu bilden; die kleine Fraction der Intrantsigen beschloß jedoch, die Agitation fortzusetzen, und demonstrierte vor der Residenz des Exarchen und dem Redactionsbureau der Marija. Der Exarch beschwichtigte die Menge und versprach, die an den Kaiser von Rußland in Beantwortung der Proclamation des General Obrußschew zu richtende Adresse mit zu unterzeichnen.“ — Aus Bukarest vom 20. Mai: „Der schwedische Gesandte in Wien ist hier eingetroffen, um die Anerkennung der Unabhängigkeit zu notificiren.“ Fürst Karl reist mit seinem Bruder in das Innere des Landes, letzterer kehrt alsdann nach Berlin zurück.

* Konstantinopel, 19. Mai. Aleko-Pascha wird erst am Sonnabend nach Philippopol gehen, damit General Stolypin Zeit habe, sein Hauptquartier zu

verlegen. Vitalis ist zum Chef der Miliz und Gendarmerie ernannt worden. General Stolypin hat sämtliche Generale, Offiziere und russische Beamte, die an der Civilverwaltung von Ostrumelien theilgenommen haben, durch einheimische Functionäre ersetzt, welche die Geschäfte bis zur Ankunft Aleko-Pascha's provisorisch führen werden. Die ostrumelische Commission wird Aleko-Pascha nach Philippopol vorausgehen. Russischerseits sind neue durchgreifende Maßregeln zur Räumung im Gange, welche die gänzliche Räumung noch vor dem jüngst in Aussicht genommenen Termin erwarten lassen.

Fordenbed's Rücktritt vom Präsidium.

— Leipzig, 21. Mai. Noch gestern brachte uns der Telegraph — erst in kürzerer, dann in ausführlicherer Fassung — das Schreiben, durch welches der bisherige mehrjährige Präsident des Deutschen Reichstages, Dr. v. Fordenbed, dieses hohe Amt niederlegt und zugleich sich auf vier Wochen Urlaub aus Gesundheitsrückichten erbittet.

Eben gestern erst hatten einzelne berliner Blätter das Gerücht zu entkräften versucht, als habe Dr. v. Fordenbed in seinem Loos beim Banket des Städtetages auf seinen nahen Rücktritt hingedeutet.

Nun ist dieser doch erfolgt, und wir stehen vor einer vollendeten, allen Umständen nach auch nicht rückgängig zu machenden Thatsache, die, davon sind wir überzeugt, nicht bloß in den Reihen der Abgeordneten und selbst unter den politischen oder wirtschaftlichen Gegnern des abgetretenen Präsidenten, sondern auch in weitesten Kreisen des Volkes und namentlich des liberalen Bürgertums mit großem Bedauern und mit einer gewissen Befürzung vernommen werden wird.

Der Verlust, den der Reichstag erleidet durch die Einbuße eines so bedeutenden, so bewährten Präsidialtalents wie das des Hrn. v. Fordenbed tritt, wie groß auch immer, dennoch weit zurück vor der viel größern Tragweite des Vorganges als politisches Ereigniß, als Anzeichen des förmlichen Verzichts der national-liberalen Partei im Reichstage auf ihre bisherige Stellung als „maßgebende“ Fraction. So wird derselbe wenigstens von den der Fraction am nächsten stehenden Organen übereinstimmend aufgefaßt.

Es ist wol nur natürlich, daß wir über dieses wichtige und folgenschwere parlamentarische Ereigniß zunächst die Stimmen dieser eben angebeuteten Organe vernehmen.

Die National-liberale Correspondenz schreibt: „Ueberrascht, wie der Reichstag, wird auch das Land die Kunde entgegengenommen haben, daß der Präsident

v. Fordenbed sein Amt niedergelegt hat. Und doch war dies Ereigniß seit Sonnabend vorhergesehen. Dem Näherstehenden war es längst kein Geheimniß mehr, wie tief Hr. v. Fordenbed von den schweren politischen Gefahren der Situation überzeugt war. Lediglich die Rücksicht auf den unge störten Gang der parlamentarischen Geschäfte bewog ihn, auf dem Präsidentensitze auszuharren. Nach seinem Auftreten auf dem Banket des Städtetages aber konnte niemand mehr in Zweifel sein, daß er den Augenblick für gekommen hielt, in die Reihen der Kämpfenden zurückzutreten. In seinem Schreiben an den Reichstag ist als ein Grund des Rücktritts ein dringender ärztlicher Rath angeführt. In der That, das Amt des Präsidenten hat in dieser Session fast übermenschliche Anforderungen an Hrn. v. Fordenbed gestellt; kein Wunder, wenn sein medicinischer Rathgeber ihm jetzt ein unbedingtes Dikt gebot. Aber den gesundheitlichen Rücksichten voran steht in dem Schreiben der andere Grund, daß der Präsident sich in Bezug auf tiefgreifende Fragen im Gegensatz mit der Majorität des Reichstages sah. Es ist also in erster Linie ein politischer Schritt, um den es sich handelt, ein Schritt, der uns sagt, daß der bewährte Vertrauensmann der obersten Volkvertretung Deutschlands, der hervorragende Führer der national-liberalen Partei, die Ueberzeugung von einer grundsätzlichen Wandlung unserer politischen Lage gewonnen hat.

Gewiß wird jeder liberale Mann ihn mit aufrichtigem Schmerz von dem erhabenen Platze scheiden sehen, den er mit so viel Würde ausgefüllt. Nicht allein der hochverehrten Persönlichkeit Fordenbed's gilt dies Gefühl; mit ihm tritt jener zugleich nationale und liberale Geist von der Spitze des Reichstages zurück, der seit den Anfängen unseres nationalen Staatswesens, seit der Errichtung des Norddeutschen Bundes, im Präsidium des Reichstages verkörpert war. Es ist das ein Ereigniß von geschichtlicher Bedeutung und nur zu sehr dazu angethan, die Herzen aller freisinnigen Patrioten mit Trauer zu erfüllen! Dennoch, wie die Dinge heute liegen, begrüßen wir Fordenbed's Schritt als eine wahrhaft aufhellende und erlösende That. Die national-liberale Partei ist nicht mehr jene „maßgebende“ Partei, um diejenige Verantwortung für die Gesamthaltung des Reichstages zu übernehmen, welche die Partei übernehmen muß, die dem Reichstage den Präsidenten gibt. Dies durch die Thatsachen mehr und mehr erhärtete Verhältniß konnte durch das Weiterfungiren eines national-liberalen Präsidenten nur verdunkelt werden. Und darum hat der gestrige Tag ein gutes Theil Klarheit in die Situation gebracht. Der heutige wird, denken wir, das Werk vollenden. Aus dem vorstehend Entwickelten ergibt sich von selbst, daß die national-liberale Fraction nicht

Fenilleton.

Um das Andenken an den unvergeßlichen wiener Walzerkönig Joseph Lanner zu ehren, wurde am 15. Mai in Wien auf Anregung des Schriftstellers J. Wimmer an dem nach vielfachen Bemühungen erwarteten Geburtstages Lanner's eine Gedenktafel enthüllt. So unscheinbar auch diese Feier war, so bewies doch, wie die Neue Freie Presse hervorhebt, die außerordentliche Theilnahme der Bevölkerung, und der herrliche Verlauf, daß „Altweien“ nicht nur in der Erinnerung der „alten Garde“, sondern auch im Herzen der jüngern Generation sich einen Ehrenplatz gesichert hat. Der Bezirksvorstand mit der gesammten Bezirksvertretung sowie zahlreiche Gemeindevorstände und viele einflussige Freunde Lanner's hatten sich auf dem Festplatze versammelt. Um 5 Uhr intonirte Philipp Fahrbach mit seiner Kapelle unter lebhaftem Beifall des Publikums Lanner's Desfilirmarsch für das zweite Wägreregiment. Hierauf trug Dr. Albin Swoboda — der, um sein vorher gegebenes Versprechen zu lösen, sein Gastspiel in Budapest auf zwei Tage unterbrochen hat — ein von Karl Elmar verfaßtes gelungenes Festgedicht vor. Swoboda, der von einer improvisirten Tribüne aus auf offener Gasse sprach, erzielte mit den herzlichsten Worten einen großen Erfolg; in den Augen manches ergrauten Wieners erglänzte eine Thräne der Rührung, und wiederholt unterbrach lauter Beifall den wirkungsvollen Vortrag. Als nach den Schlussworten: „Hoch Lanner's Andenken tausendmal!“ die Hülle fiel und die Gedenktafel sichtbar wurde, ertönten unter den Klängen der Fanfaren aus Tausenden von Kehlen laute Hochrufe. Die von J. Böhmle entworfene, von Konzeifer ausgeführte Marmortafel trägt die Inschrift: „In diesem Hause wurde Joseph Lanner am 12. April 1801 geboren.“ Oberhalb der Tafel befand sich eine vergoldete Lyra, umgeben von einem riesigen Lorbeerkranz, der die Namen der beliebtesten Compositionen Lanner's trug. Der Grund der Tafel zierte reicher Blumenschmuck mit zwei Kränzen, von denen der eine das Geburtsjahr 1801, der andere das Todesjahr 1843 auf in der Mitte befindlichen Tafeln enthielt. Den Schluß der Feier bildeten Productionen der

Fahrbach'schen Kapelle, von denen insbesondere Lanner's bekannter Walzer „Die Schönbirner“ — die Zahl des Opus 200 beweist die außerordentliche Productivität Lanner's — stürmischen Beifall fand und mehrfach wiederholt werden mußte.

Mit Genehmigung des Königs von Baiern stellt die Historische Commission zu München folgende Preisaufrage: „Geschichte des Unterrichtswezens in Deutschland von den ältesten Zeiten bis zur Mitte des 18. Jahrhunderts.“ Die Commission verlangt quellennähige und kritische Forschung sowie eine anschauliche, auch für einen weiten gebildeten Leserkreis anziehende Darstellung. Es sind die Gründung und Einrichtung der verschiedenen Schulen, Unterrichtsgegenstände, Lehrmethoden, Schuldisciplin sowie die Einwirkung der kirchlichen und weltlichen Gewalten in Betracht zu ziehen, im einzelnen zu verfolgen, die Ursachen ihrer Blüte und ihres Verfalls zu ermitteln, die Leistungen des Unterrichtswesens für die Entwicklung der wissenschaftlichen Literatur und die Ergebnisse desselben für die allgemeine nationale Bildung zu vergegenwärtigen. Die Arbeiten sind bis zum 1. April 1883 dem Secretariat der Historischen Commission bei der königlich bairischen Akademie der Wissenschaften einzureichen. Der Name des Verfassers ist in geschlossenem Couvert unter einem Motto beizufügen, welches auf dem Titel der Arbeit zu wiederholen ist. Das Urtheil der Commission wird am 1. Oct. 1883 publicirt werden. Der Preis für eine vollständig genügende Arbeit ist auf 5000 M. festgesetzt; das literarische Eigenthum der gekürzten Arbeit bleibt dem Verfasser.

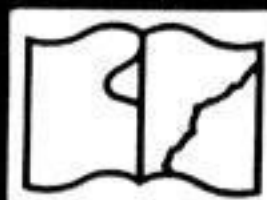
Der Neuen Preussischen Zeitung berichtet man aus Hanau vom 10. Mai: „Wenn man von den Straßenräumen hört, so denkt man sich unter diesen Unholden doch jederzeit Männer; daß aber auch Weiber solche Verbrechen verüben können, wie es letzten Montag in unserer Gegend vorgekommen sein soll, gehört glücklicherweise zu den Seltenheiten. Am genannten Tage wurde ein Mann auf dem Wege von Hanau nach Frankfurt und zwar im Reststädter Walde in der Nähe der sogenannten Gerichtsbirke von

5 Frauenpersonen angehalten, etwa 40 Schritte seitwärts in den Wald geschleppt, dort schwer gemishandelt und seiner aus etwa 150 M. bestehenden Baarschaft beraubt. Trotz der sofort angestellten Nachforschungen sind die Thäterinnen bis jetzt noch nicht ermittelt.“

Unter der Ueberschrift „Zur Entdeckung der Seele“ finden wir in der neuesten Nummer des „Ausland“ folgende Aufschrift an dessen Redacteur: „Stuttgart, 11. Mai 1879. Werthevoller Freund! Da ich weiß, daß Sie sich für meine „Entdeckung der Seele“ lebhaft interessieren, wird Ihnen vielleicht die kurze Notiz willkommen sein, daß es mir heute, nachdem mein Chronoskop seit acht Tagen im Gang, gelungen ist, den mathematischen Beweis für den Knotenpunkt meiner Entdeckung in wissenschaftlichster Weise zu führen. Auf der nächsten Naturforscherversammlung in Baden-Baden werde ich die Seele an Händen und Füßen (sic!) mathematisch gebunden dem Gelehrtenareopag ad oculos, ad naves et ad manum demonstriren. Mit besten Grüßen Ihr Dr. G. Jäger.“

Die National-Zeitung berichtet aus Berlin: „Die Geschwister Grimm (zwei Söhne und eine Tochter Wilhelm Grimm's) haben der hiesigen Universität die Summe von nominell 6600 M. 4/5 proc. consolidirter Anleihe, welche aus den Sammlungen für die 1837 aus Göttingen vertriebenen sieben Professoren auf ihren Vater gefallen ist, geschenktweise mit der Bestimmung übereignet, daß dieses Kapital zu einer „Grimm-Stiftung“ angelegt und die Zinsen desselben zu Preisen für Arbeiten aus dem Gebiet der älteren deutschen Literatur und der neuern Kunstgeschichte verwendet werden sollen.“

Wien, 19. Mai. Auf dem k. k. Hof-Operntheater findet die erste Aufführung (in unmittelbarer Reihenfolge) des Operncyclus „Der Ring des Nibelungen“ von Richard Wagner am 26., 27., 28. und 30. Mai statt. Für diesen Cyclus von vier Vorstellungen wird ein besonderes Abonnement mit ermäßigten Preisen eröffnet.



Die Absicht haben kann, für die Neuwahl einen Candidaten aus ihrer Mitte aufzustellen. Im übrigen wird sie ruhig abwarten können, was der Gang der Dinge weiter bringt."

Die National-Zeitung schildert zunächst die Scene der Verlesung des Forderbed'schen Briefes im Reichstage. „Tiefes Schweigen“, sagt sie, „begleitete die Verlesung des Schriftstücks; niemand konnte sich wol dem Eindrücke entziehen, daß in diesem Augenblicke etwas mehr noch abgeschlossen habe als die Präsidenschaft eines vortrefflichen und dem Hause werthen Leiters der Geschäfte.“ Dann fährt sie fort: „Der Schritt des Hrn. v. Forderbed drückt das Siegel auf die seit geraumer Zeit methodisch betriebene Desorganisation des Reichstages und namentlich der mittlern Parteibildungen. Dieses Ziel wäre also erreicht. Wir fragen uns: Was nun?“ Ihre volle Uebereinstimmung mit dem von Hrn. v. Forderbed gethanen Schritte spricht sie in folgenden Worten aus: „So schmerzhaft wir das Scheiden des vieljährigen Präsidenten aus seiner Stellung empfinden, so können wir den von ihm gethanen Schritt nur voll und ganz billigen. Im öffentlichen Leben ziemt es dem Manne von Charakter, resolut aus Stellungen zu scheiden, deren wesentliche Voraussetzungen abhanden gekommen sind; Minister, Präsident, Abgeordnete, ja Parteien sind diesem Gesetze unterworfen, und nur der, welcher sich diesem Gesetze fügt, ist sicher, seine Persönlichkeit aus allen politischen Situationen zu retten. Ein aus den Reihen der Mehrheit genommener Präsident wird für Freund und Feind dem gegenwärtigen Reichstage die richtige Eitelkeit geben. Die liberale Flagge, die bis jetzt über dem Reichstage wehte, wird feierlich herabgezogen; warten wir, welche andere nun aufgeschifft werden soll!“

In ganz ähnlichem Sinne sprechen sich „Tribüne“ und Magdeburger Zeitung aus. Beide deuten darauf hin, daß schon neulich, als Fürst Bismarck Miene machte, der Autorität des Präsidenten ihre gleichmäßige Geltung auch für die Mitglieder des Bundesrathes, wenn sie als Redner im Reichstage auftreten, zu bestreiten, Hr. v. Forderbed nahe daran gewesen sei, sein Amt niederzulegen, daß er aber davon abgesehen habe, da es bis zum wirklichen Conflict nicht gekommen sei.

Was die Wiederbesetzung der Stelle des ersten Präsidenten betrifft (welche der Reichstag in seiner heutigen Sitzung vornehmen wird), so stimmen die genannten national-liberalen Organe ebenfalls darin überein, daß die national-liberale Partei sich dabei passiv verhalten, keinen Candidaten aufstellen, vielmehr der neuen conservativ-liberalen Coalition gänzlich das Feld überlassen solle. Die national-liberale Fraction soll denn auch, nach einer Mittheilung der „Tribüne“, in einer sogleich gestern abgehaltenen Fraktionsversammlung beschloffen haben, bei der Wahl eines ersten Präsidenten weiße Zettel abzugeben. Als Candidaten zu dieser Stelle aus dem Schoße der Coalition werden genannt Abg. v. Seydewitz (deutsch-conservativ), Abg. v. Franckenstein (liberal) und Abg. Dr. Lucius, der jetzige zweite Vicepräsident (freiconservativ).

Es wird nicht gesagt, ob der Rücktritt des Hrn. v. Forderbed vom Präsidium nach einer Verständigung desselben darüber mit seinen Fraktionsgenossen erfolgt ist. Das persönliche Gefühl, welches Hrn. v. Forderbed die Fortführung des Präsidiums unter den Umständen, wie sie sich gestaltet hatten, unerträglich machte, begreifen wir vollkommen.

Den einen Wunsch können wir nicht unterdrücken, daß Hr. v. Forderbed diesen Entschluß, wenn er ihn einmal gefaßt hatte, noch vor dem Städtetage ins Werk gesetzt haben möchte, um dort nicht mehr als Präsident, sondern in Wirklichkeit als „freier Mann“ (wie er selbst sagte) aufzutreten.

Die Zoll- und Steuergesetze im Deutschen Reichstage.

○ Berlin, 20. Mai. Vicepräsident Dr. Lucius eröffnet die sehr stark besuchte Sitzung um 11 Uhr 40 Min. mit folgenden Worten:

Meine Herren! Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, habe ich dem Hause eine schmerzliche Mittheilung zu machen. Es ist mir kurz vor Beginn der Sitzung ein Brief des Hrn. Präsidenten v. Forderbed, gerichtet an den Reichstag, zu meinen Händen, zugegangen:

„Bei dem Gesetze, in welchem ich in Bezug auf tiefgreifende Fragen mit der Majorität des Reichstages gekommen bin, außerdem aber durch den mir von meinem Arzt unbedingt gegebenen Rath genöthigt, einen längeren Urlaub zur Wiederherstellung meiner Gesundheit nachzusuchen, darf ich nicht länger im Interesse der Geschäfte des Reichstages das Amt eines Präsidenten beibehalten. Indem ich daher dem hohen Reichstage für das mir bisher bewiesene Vertrauen meinen tiefgefühlten Dank ausspreche, lege ich hiermit mein Amt als erster Präsident des Reichstages nieder und bitte zugleich um Ertheilung eines vierwöchentlichen Urlaubs vom 23. Mai ab.“

Berlin, 20. Mai 1879.

(Geg.) v. Forderbed.“

Vicepräsident Dr. Lucius:

Ich habe das Gefühl, und ich glaube, dasselbe wird im ganzen Hause getheilt werden, wenn ich bei der Möglichkeit der Nachtricht es nicht für möglich erachte, alsbald über das angeführte dieser Mittheilung zu ergreifende Verfahren im Hause in Berathung einzutreten, resp. schlüssig zu werden. Wenn ich mich in diesem Gesetze nicht täusche, werde ich mir erlauben, am Schlusse der heutigen Tagesordnung, nachdem die Parteien sich vielleicht während der Sitzung über die Frage werden verständigt haben, auf den Gegenstand wieder zurückzukommen.

Das Haus, das mit der gespanntesten Aufmerksamkeit die Worte des Präsidenten mit lautloser Stille angehört hatte, löst sich nunmehr völlig in Gruppen auf und schenkt dem Beginn der Tagesordnung — Fortsetzung der zweiten Verathung des Zolltarifs, Getreidezölle — nur geringe Beachtung.

Die Discussion wird zunächst eröffnet über Position 9a:

a) Weizen, Hafer und Hülsenfrüchte, sowie nicht besonders genannte Getreidearten, b) Roggen, Gerste, Mais und Buchweizen. Für Lit. a bestimmt der Tarif 1 M., für Lit. b 50 Pf. für 100 Kilogramm.

Die Abg. Frhr. v. Mirbach und Günther-Sachsen beantragen, auch für Roggen einen Zollsatz von 1 M. festzustellen.

Abg. Dr. Delbrück beantragt, im Falle der Annahme von Positionen Lit. a und b denselben folgende Anmerkung hinzuzufügen:

Für Getreide und Hülsenfrüchte werden Transitlager ohne amtlichen Mitverschuß bewilligt. Auf diese Lager finden die für Privattransitlager geltenden Vorschriften mit der Maßgabe Anwendung, daß die Lagerung, soweit es zur Erhaltung und Bearbeitung der Waaren erforderlich ist, außerhalb geschlossener Räume stattfinden kann, daß die Behandlung, Umpackung und Theilung der gelagerten Waaren uneingeschränkt und ohne Anmeldung zulässig und daß die Mischung der letzteren mit inländischer Waare gestattet ist.

Abg. Dr. Stephani referirt über die zum Kapitel Getreidezölle eingegangenen Petitionen, die sich theils zustimmend, theils ablehnend verhalten zu den Getreidezöllen. Der Referent beantragt, diese Petitionen für erledigt zu erklären durch die über die Getreidezölle zu fassenden Beschlüsse.

Bundescommissar kaiserlicher Geh. Regierungsrath Liebmann:

Die von der Regierung vorgeschlagenen Getreidezölle haben die verschiedensten Angriffe erfahren von rechts und von links, von schützjüngerischer und freihändlerischer Seite; den einen gehen sie nicht weit genug, den andern zu weit. Aber die Vertheiligung der Sache ist leichter nach der zweiten als nach der ersten Richtung hin. Während bei jeder andern Position deutlich die Tendenz hervorleuchtet, irgendeinen Zweig der heimischen Production zu schützen, tritt diese Tendenz hier in den Hintergrund und spielt eine nebensächliche Rolle. Dennoch aber glaubt die Regierung mit der Einführung der Getreidezölle der Landwirtschaft einen großen Vortheil gewähren zu können. Deutschland hat sich aus einem Getreide exportirenden in ein Getreide importirendes Land verwandelt. Darüber sind alle Ansichten einig, und sie beginnen erst dann auseinanderzugehen, wenn man nach den Gründen fragt, welche zu dieser Umwandlung geführt haben. Von freihändlerischer Seite wird behauptet, daß diese Umwandlung das Resultat einer ganz normalen Entwicklung sei, die im engen Zusammenhange mit der Vermehrung der Bevölkerung stehe. Man hat dabei Vergleiche gezogen und die landwirtschaftlichen Betriebsergebnisse von 1837—77 zusammengestellt. Wäre aber diese Zusammenstellung von einer Beweisraft für die soeben bezeichnete Theorie, dann müßte doch logischerweise in der vierzigjährigen Entwicklung eine Durchschnittseinfuhr gefunden werden. Das ist aber nicht der Fall; im Gegentheil übersteigt die Einfuhr während der Zeit die Einfuhr um circa 24 Mill. Ctr. Man geht von freihändlerischer Seite bei solchen Verathungen überhaupt gewöhnlich von falschen Voraussetzungen aus; wo steht denn geschrieben, daß 9 Ctr. Getreide im Durchschnitt nöthig sind für den Kopf der Bevölkerung? Nach officiellen Berechnungen doch nur 3 1/2 bis höchstens 4 Ctr., eine höhere Berechnung ist mir nicht vorgekommen. Im Jahre 1875 wurden 100 Mill., 1876 96 Mill., 1877 120 Mill., 1878 110 Mill. Ctr. Getreide geerntet, und vergleicht man mit dieser Zahl die Bevölkerungsziffer, so ergibt sich 4 Ctr. pro Kopf der Bevölkerung. Das Wachsen der Mehreinfuhr läßt sich nur dadurch erklären, daß wir in den letzten Jahren der Abgangplatz geworden sind für die Ueberproduction des Auslandes auch in Bezug auf landwirtschaftliche Producte. (Sehr wahr! rechts.) Wir sind überflüthet mit einer Menge von ausländischem Getreide, das in keinem Verhältnisse steht zu unserm Consum. Die russische und die amerikanische landwirtschaftliche Industrie haben sich Deutschland zum Kampf- und Tummelplatz ausdiesem, gerade wie vor noch nicht allzu langer Zeit fremde Mächte es liebten, sich in Deutschland, auf deutschem Boden zu messen. Namentlich die russische Landwirtschaft arbeitet so billig, daß ihr gegenüber unsere landwirtschaftliche Industrie nicht anders concurrenzfähig bleiben kann als mit Getreidezöllen. Der Schaden bleibt denn auch nicht aus, das beweisen die zahlreichen Substationen. Es ist ganz sicher, daß ein großer Theil des Zolles von den Produzenten getragen werden wird; denken Sie sich eine Stadt von Rittergütern umgeben, deren neun Getreide zur Stadt bringen können, ohne einen Schlagbaum zu passiren, während das zehnte Rittergut für die Wagenladung 2—3 Gr. Chausseegeld zahlen muß. Das zehnte Rittergut wird doch dann nicht die Preise für die andern neun mit erhöhen können, sondern die neun werden das zehnte zwingen, ebenso billig zu verkaufen wie sie selbst. Das Brot wird durch die Getreidezölle ebenso wenig verteuert werden wie durch das Schwanken der Getreidepreise bisher, wofür ich mich auf dies hier beziehe. Unter großer Theilnahme des Hauses zeigt der Herr Regierungcommissar eine Eigarrenliste voll sogenannter „Dreierstricken“ vor, die ein Grundbesitzer am Harz seit langen Jahren gesammelt habe und die, gleichviel ob thenerer

oder wohlfeiler Zeit war, immer gleich groß oder gleich klein geblieben seien. Die Regierungen bitten Sie, ihnen den Getreidezoll zu bewilligen, und sind der Meinung, daß es nicht schaden kann, wenn ausländische Importeure, die unsern Markt mit Getreide aus dem Auslande überschwemmen, einen Zoll zahlen sollen zum Schutze des einheimischen Ackerbauers. (Beifall.)

Inzwischen ist noch folgender Antrag des Abg. Ridert-Danzig zur Vertheilung gelangt:

Hinter Nr. 9 folgende Anmerkung zu a, b und c anzunehmen: „Für die zollamtliche Behandlung des beim Eingang in das Zollgebiet zur Durchfuhr declarirten Getreides, insbesondere bezüglich der für dasselbe zu bewilligenden Transitlager ohne amtlichen Mitverschuß werden durch den Bundesrath diejenigen Erleichterungen gewährt, welche zur Sicherung und Aufrechterhaltung des Durchfuhrhandels erforderlich sind. Für das zur Durchfuhr declarirte Getreide wird ein Eingangszoll nur insoweit entrichtet, als dasselbe zum Verbrauch im Inlande gelangt und nicht durch eine gleiche Menge zur Ausfuhr gebrachten inländischen Getreides ersetzt wird.“

Abg. v. Sauten-Larupfchen:

Als ich die Motive zur Vertheiligung der proponirten Getreidezölle las, war ich wirklich begierig, den Verfasser kennen zu lernen, denn unmöglich schien es mir, daß er ein Kenner landwirtschaftlicher Verhältnisse oder gar ein Landwirth sei. Nun glaube ich den Verfasser zu kennen. Dr. Geheimrath Liebmann hat uns mit vielen Zahlen zu beweisen sich bemüht, was wir alle längst wußten, daß in Rußland und Amerika die Productionskosten geringer und daher auch die Getreidepreise niedriger sind als bei uns. Darauf hat er dann des weitern ausgeführt, daß die Landwirtschaft sich in einer großen Krise befinde, daß der Anfang vom Ende gekommen sei, und schließlich, daß dieser Proceß des Unterganges auch durch den Getreidezoll nicht aufgehalten werde. Der Zoll bewirkt also nichts weiter als eine Verteuierung der Lebensmittel. Wenn man sich nun gegen diese Verteuierung der Lebensmittel ausspricht, dann wird gesagt, daß man nichts von Landwirtschaft verstehe, ja gestern verlangte sogar ein Redner, daß jeder, der hier über Landwirtschaft spricht, ein Zeugniß der Reise vorlegen solle. Nun, das Zeugniß des Hauses hat ja sich über diesen Redner klar genug ausgesprochen, und ich habe wol nicht nöthig, auf ihn zurückzukommen. Ich bin zudem Zeit meines Lebens praktischer Landwirth gewesen und wol in der Lage, auch die verschiedenen Standpunkte, von denen aus der Getreidezoll zu vertreten oder zu verwerfen ist, kritisch zu beurtheilen. Zunächst constatire ich, daß Preussens Landwirthe mit sehr wenigen Ausnahmen gegen jeden Schutz Zoll sind. Es gab früher überhaupt keinen Landwirth, der Schutzzöllner war, und im Jahre 1876 schrieb mir auch Graf Ildo Stolberg, daß es an der Zeit sei, Front gegen die beginnende Bewegung für den Zöllner zu machen. Mit Ausnahme eines Mitgliedes hat sich der ganze ostpreussische Provinziallandtag gegen den Schutz Zoll ausgesprochen. Denn die Landwirtschaft selbst ist in den letzten 30 Jahren durchaus nicht zurückgegangen, nur ist die Lage mancher Besitzer eine äußerst precäre geworden. Vor 30 Jahren hatte man eben nicht so viel Verbrauchsmittel, und der Landwirth gab darum nicht so viel aus, sondern erwarb und lebte sich meist von dem, was er selbst producirte; dann aber gingen die Arbeiter mehr nach den Städten, die Arbeitslöhne stiegen, mit den Preisen der Produktionsmittel stiegen aber nicht in gleichem Maße die Preise der Producte. Aber bald nach dem Industriesturm kam auch der Gefundungsproceß, und diesen dürfen wir nicht unterbrechen. Schon jetzt sind die Arbeiter auf dem Lande wieder billig und alles geht wieder in geordnetem Gleise.

Die Motive stellen den Körnerbau als Hauptaufgabe der Landwirtschaft hin, während in der That, wie jeder Landwirth weiß, das Umsetzen der Körner in edlere Stoffe viel wichtiger ist. Zum Beweise aber, daß durchaus keine Krise der Grundbesitzer bei uns beinahe ist, führe ich an, daß die Landwirtschaft im steigenden Fortschreiten befindlich ist. Niemals vorher hatten wir in Ostpreußen besseres Vieh, niemals wurden so hohe Preise dafür bezahlt wie jetzt. — Die vom Hrn. Geheimrath Liebmann bei früherer Gelegenheit schon angeführten Substationen sind keine Folge der Ueberschwemmung mit billigen ausländischem Getreide, sondern die unausbleibliche Folge unserer politischen Lage. Bevor diese sich nicht ändert, werden die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht besser werden. Angesichts der fortwährenden Ungewißheit in unserer politischen Situation wagt es niemand, sich in ein Geschäft einzulassen. Die Landwirthe hätten sich aber überhaupt gar nicht für einen Schutz Zoll ausgesprochen, wenn sie nicht, da sie die Ueberzeugung gewonnen, daß die Schutzzölle für die Industrie doch durchgehen, auch schließlich etwas für sich lucriren wollten, und bei diesem Wege der Compensation, den sie einschlagen, ist es ganz natürlich, daß sie bemüht sind, soviel als möglich zu erhalten. Indessen wird durch den Getreidezoll die Production des Viehzüchters, durch die Viehzölle das Product des Getreidebauers verteuert, und wenn der Herr Commissarius des Bundesrathes es auch behauptet, ändern wird er es nicht, daß der Preis des Getreides durch den Weltmarkt bestimmt wird, wenn die Production auch noch so sehr erschwert und verteuert wird. Ja, wenn der Staat eine Garantie übernehmen könnte, daß der Preis für Getreide von einer gewissen Höhe nicht fallen darf, dann wäre allerdings durch den betretenen Weg dem Landwirth zu helfen, aber auch nur, wenn er neben der Landwirtschaft noch ein Gewerbe betriebe. Selbst bei der Ueberflüthung mit fremdem Getreide hat die ostpreussische Landwirtschaft noch immer Nutzen gehabt. Zum Schluß empfiehlt Redner den Antrag Ridert und appellirt an die Vaterlandsliebe des ganzen Reichstages, die nicht zulassen werde, daß das neue System logisch und consequent zwei kläbende Provinzen zu Grunde richtet; auch wenn er nicht Landwirth wäre, würde er stets einer Vorlage die Zustimmung verweigern, die dem armen Manne die Lebensmittel verteuert. (Widerspruch rechts.) Spielen Sie nicht Vorsehung, es ist das ein gewagtes Spiel, das kein gutes Ende nehmen kann! (Beifall links.)

Der Herr Reichskanzler tritt in den Saal.

Abg. Günther-Sachsen:

Wenn man sich entschließt, Schutzzölle überhaupt einzuführen, dann haben alle Erwerbsarten den gleichen Anspruch darauf, und diejenigen, die am meisten nothleidend

find, müssen be
wie Hr. Bambe
Industrie anerke
Gefundung ein
Lage so rosig er
land unter gen
sondern auch be
Wiß geben. R
tung wie die L
lands beträgt
Milliarden M.
sich auf circa 2
denen Ziffern
denz Klein, sel
bedacht haben
dem zurückgeto
heutigem Tag
tionalreichthum
steige, und selb
leien, daß jed
Schritt zur Be
und Versamm
wärtige Werth
müßte wieder a
rückkehren. M
gern Widerst
Jahre sollen v
Es ist nicht le
zu verfolgen
Aufschauung er
wundenen Zus
Grundbesitz u
festesten Stütz
allen Grund, d
zu erhalten.
Die Landw
Concurrenz de
der Ständigen
gende Zahlen.
14 Mill. auf
Büffel Mais,
denselben Jahr
10 Mill. und
nach Deutschla
Weizen. Nach
1870 7 Mill.
jezt 19 1/2 Mi
ausfuhr nach
1876 auf 57
currenz will u
gewähren, der
grunde steht i
Manne das L
und meinen A
verwahren. I
selbstverträgli
Brotpreise na
den ja auf d
Schwankungen
wochen, wie
machen? Au
feinewegs, s
finde fast gar
In meinem er
Preisdiffere
10 auf 9 Pf.
an demselben
und wenn ich
der Kornzölle
wunderer ich
rie heute noch
lichen Preis k
partei der BB
unserer Land
müssen, wenn
anwenden wo
berechtigt ist,
als das Ausl
wird unsere T
letzten Jahre
den und ziem
5 oder 6 Gr.
billiger oder
interessiren a
sowol darauf
den barauf,
Stand zu kor
Für die Kor
willen, weil
rust, auch die
durch die ur
hat. Das d
möglichst we
nicht so viel
vermag. E
schlagenen S
wir es verhin
durch Verän
lystern kann.
bitte ich Sie
im speziellen
Beifall.“

Abg. D

daß sich au

können:

Parteien,

nicht existir

agitatorische

Brot des a

unbefangen

auch über d

Dingen nicht

der leg e Re

viel auf die

bat sich in p

vollzogen un

die Initiativ

spinnen“. I

veränderung

find, müssen den höchsten Schutz genießen. Auch Gegner, wie Dr. Bamberger, haben den nothleidenden Zustand der Industrie anerkannt, und ich kann nicht zugeben, daß die Gründung eingetretten ist, die dem Herrn Borredner die Gründung so rühmlich erscheinen läßt. Eine Reise durch Deutschland unter genauer Besichtigung nicht bloß der Schöffen, sondern auch der Bauernhöfe würde ihm ein ganz anderes Bild geben. Kein Gewerbe ist von der großartigen Bedeutung wie die Landwirtschaft. Die bebauten Flächen Deutschlands betragen 23 Mill. Hektaren im Werthe von 5-7 Milliarden M., die landwirtschaftliche Bevölkerung beläuft sich auf circa 20 Mill. Menschen. Angesichts dieser ungeheuren Ziffern erscheint jede andere Erwerbsart verschwindend klein, selbst die Eisenindustrie, die wir so reichlich bedacht haben. Wenn man auch vom Physiokratischen System zurückgekommen ist, so hat man doch bis auf den heutigen Tag an dem Grundsatz festgehalten, daß der Nationalreichtum eines Landes in seinem Grund und Boden liegt, und selbst in mancherlei Blättern habe ich gelesen, daß jeder Stillstand der ländlichen Production ein Schritt zur Verarmung sei. Jetzt hört man in Zeitungen und Versammlungen häufig das Umgekehrte: Der gegenwärtige Werth der Landgrundstücke sei ungerichtet, man müsse wieder auf den Stand von vor 30-40 Jahren zurückkehren. Man will also den Nationalwohlstand verringern (Widerspruch links), alle Verbesserungen dieser letzten Jahre sollen verloren, alle Fortschritte preisgegeben sein. Es ist nicht leicht möglich, eine mehr reactionäre Tendenz zu verfolgen, zumal sich als natürliche Konsequenz die Anschauung ergibt, daß man auch politisch zu jenen überwindenen Zuständen zurückkehren müsse. Ein funktionsloser Grundbesitz und ein wohlhabender Bauerstand sind die festesten Stützen des Staates und gerade heute haben wir allen Grund, diese Stützen gegenüber jersenden Tendenzen zu erhalten.

Die Landwirtschaft leidet ganz bedeutend unter der Konkurrenz des Auslandes. Ich citire aus einer Eingabe der Ständigen Deputation der Berliner Productenbörse folgende Zahlen. Die Ausfuhr aus Amerika betrug 1868/69 14 Mill. Bushel Weizen, 1877 72 Mill.; 1869 7 Mill. Bushel Mais, 1877 85 Mill. Der russische Export war in denselben Jahren 2200000 und 10 Mill. Tschetwert Roggen, 10 Mill. und 17 Mill. Tschetwert Weizen; davon kommen nach Deutschland 4 Mill. Tschetwert Roggen und 1 Mill. Weizen. Nach fernern amtlichen Mittheilungen führte Amerika 1870 7 Mill. Pferde, jezt 10 Mill. aus; 1870 1 1/2 Mill., jezt 19 1/2 Mill. Ochsen. Ebenso steigerte sich die Fleischausfuhr nach dem Referat des Hrn. Reuleaux von 20 Mill. 1876 auf 57 Mill. 1877. Trotz dieser vernichtenden Konkurrenz will man der Landwirtschaft nicht denselben Schutz gewähren, den man der Industrie bewilligt. Im Vordergrund steht dabei das Argument, daß man dem armen Manne das Brot nicht verteuern dürfe. Ich muß mich und meinen Antrag ausdrücklich gegen eine solche Tendenz verwahren. Wir denken gar nicht daran und es ist fast selbstverständlich, daß der Zoll nicht eine Erhöhung der Brotpreise nach sich ziehen wird. Die Getreidepreise werden ja auf den Börsen gemacht und sind fast täglichen Schwankungen bis zur Höhe von vielen Thalern unterworfen, wie soll da ein Zoll von 50 Pf. großen Einbruch machen? Auch bedenke ich die Getreide- und die Brotpreise keineswegs, eine Differenz von 3 M. für den Centner findet fast gar keine Berücksichtigung in der Brotproduction. In meinem engeren Vaterlande Sachsen ist durch eine solche Preisdifferenz der Werth von 1 Pfd. Brot um 1 Pf. (von 10 auf 9 Pf.) geändert worden. Wenn ich bedenke, daß an demselben Orte die Brotpreise oft ganz verschieden sind, und wenn ich damit den Vorn vergleichen, den man wegen der Kornzölle oft in Deutschland jezt hören mußte, so verwundere ich mich über das, was Doctrinarismus und Theorie heute noch in Deutschland vermag. Ueber den natürlichen Preis hinaus wird doch selbst keine segreiche Hauspartei der Wörre den Brotpreis zu steigern vermögen. Mit unserer Landwirtschaft steht es so, daß wir sie aufgeben müssen, wenn wir auf sie das Dogma des Manchesterthums anwenden wollen, daß ein Industriezweig nicht existenzberechtigt ist, wenn er nicht billiger zu produciren vermag als das Ausland. Denn billiger als Rußland und Amerika wird unsere Industrie nie zu produciren vermögen. In den letzten Jahren sind Tausende von Arbeitern brotlos geworden und niemand hat danach gefragt, ob das Fleisch damals 5 oder 6 Gr. kostete oder ob das Brot ein paar Pfennige billiger oder theurer war. Wer überhaupt nichts hat, den interessieren auch die Kornpreise nicht, und es kommt nicht sowohl darauf an, möglichst billiges Brot zu gewinnen, sondern darauf, die Leute erst wieder durch Arbeit in den Stand zu setzen, daß sie überhaupt Brot kaufen können. Für die Kornzölle erkläre ich mich schon um des Princip willen, weil, wenn die Industrie den Schutz der Zölle anruft, auch die Landwirtschaft ein gleiches Recht hat, da sie durch die unglückliche Manchestertheorie furchtbar gelitten hat. Das aber verheißt ich mir heute schon nicht, daß möglicherweise die Landwirtschaft aus den Schutzzöllen nicht so viel Nutzen wird ziehen können, als es die Industrie vermag. Eine Erhöhung des von der Regierung vorgeschlagenen Satzes erschien uns um deswillen geboten, weil wir es verhindern wollen, daß irgendeine Eisenbahndirection durch Veränderung der Tarife den ganzen Zolltarif paralyfieren kann. Von diesen allgemeinen Gesichtspunkten aus bitte ich Sie, sich sowohl für Kornzölle im allgemeinen wie im speciellen für unsern Antrag zu entscheiden. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. v. Treitschke hält es nicht für möglich, daß sich auf Grund des Tarifs Parteien constituiren können:

Parteien, die keine andere Basis unter sich hätten, wären nicht existenzberechtigt. Sodann warnt der Redner vor agitatorischen lebensfählichen Schlagwörtern, wie „Peise, Brot des armen Mannes etc.“, und bittet, die Zollfragen unbefangene und vorurtheilsfrei zu prüfen, namentlich aber auch über den Werth der Wissenschaft in wirtschaftlichen Dingen nicht so vornehm wegwandend zu urtheilen, wie es der legte Redner für gut befand. Man darf auch nicht zu viel auf die Klagen der Interessenten geben, denn seit 1818 hat sich in der deutschen Handelspolitik jede gute Aenderung vollzogen unter dem Jammergeschrei der Interessenten auf die Initiative hin von Leuten, die „nicht lesen und nicht spinnen“. Jezt ist es das erste mal, daß sich eine Zollveränderung vollzieht unter Zustimmung der Beteiligten,

denn wenn auch nicht, wie Abg. Berger sagt, alle riefen, bis der Reichstag kam — viele Industrielle haben jedenfalls gerufen. Daran muß man jedenfalls festhalten, daß die Getreidezölle nicht einen festen Finanzzoll bilden können, denn dazu stieße sie zu ungleich, je nach dem guten oder schlechten Ausfall der Ernten im Inlande. Soll denn nun der Getreidezoll als Kampfszoll dienen? Wir werden ja in den nächsten Jahren gewiß einen Zollkrieg durchmachen müssen, und deshalb nehme ich sogar den verurtheilten §. 5 mit seinen außerordentlichen Vollmachten an, aber ich bestreite es, daß Getreidezölle zu Kampfszöllen dienen können. Fülle die Viehzölle werde ich stimmen, weil ich hoffe, daß es möglich sein wird, mit ihnen dem Ackerbau eine wesentliche Hilfe zu leisten gegenüber der ausländischen Konkurrenz. Die Getreidezölle dagegen sind nur ein Tropfen auf einen heißen Stein. Hr. v. Mirbach und Hr. Gantner haben ganz consequent den Zoll erhöht, weil ihnen die Produktionskosten erhöht wurden; aber ich möchte doch einen Versuch, der sich im Laufe der Zeit doch als vergeblich erweisen wird, nicht empfehlen. Ich sehe in dem Getreidezoll überhaupt nur ein taktisches Mittel der Regierung, um den Zolltarif im ganzen durchzusehen. Die Herren Agrarier werden bei dem Bündnisse mit den Industriellen den Kürzern ziehen, denn sie haben selbst nicht einmal die feste Ueberzeugung von dem Werthe der angelegten Zölle. Will man denn übrigens die Hilferufe der Ostprovinzen, die Mischthung in den großen Städten ganz außer Acht lassen? Will man der socialdemokratischen Agitation keine Aufmerksamkeit schenken? Unsehbar wird uns von dort her der Borwurf gemacht werden, daß wir kein Herz für die Massen hätten. Uebrigens gibt Redner sich keinen Illusionen über die Annahme der höheren Zölle hin; nur bittet er die Majoritätsparteien, die Sehne nicht zu überspannen.

Hierauf wird die Sitzung vertagt. Vicepräsident Dr. Lucius constatirt in Gemäßheit des von ihm im Anfang der Sitzung gemachten Vorbehalts infolge von verschiedenen Seiten an ihn ergangener Anfragen, daß jeder Versuch, Hrn. v. Forderbed zu einer Zurücknahme seines Entschlusses zu bewegen, fruchtlos sein würde, da die Rücksichten auf seine Gesundheit ihm unbedingt gebieten, bei seiner Erklärung zu verharren. Mit Rücksicht darauf, daß auch der erste Vicepräsident (Hr. Schenk v. Stauffenberg) durch Krankheit verhindert ist, glaube er sich als stellvertretender Präsident verpflichtet, die Wahl des ersten Präsidenten auf die morgige Tagesordnung zu setzen, damit nicht in der nächsten Zeit eine ernstliche Störung eintrete. (Zustimmung.)

Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. Tagesordnung: Wahl des ersten Präsidenten, Fortsetzung der Berathung über die Getreidezölle.

Deutsches Reich.

N.L.C. Berlin, 20. Mai. Die Geschäftsordnungscommission hat bekanntlich beantragt, die Mandate derjenigen Abgeordneten, welche zu Mitgliedern des am 1. Oct. d. J. in Wirksamkeit tretenden Reichsgerichts, beziehentlich zu Mitgliedern von andern an demselben Tage in Wirksamkeit tretenden Justizbehörden berufen sind, zur Zeit nicht für erloschen zu erklären. Die Commission verneint also die Frage, ob schon durch die Ernennung zu den fraglichen Aemtern das Mandat erloschen sei, ohne sich aber mit der Frage zu beschäftigen, ob künftighin mit dem Eintritt in das neue Amt das Mandat erlöschen werde. Die Frage ist nicht ohne principielle Bedeutung und es mögen deshalb aus dem Berichte der Commission die folgenden Erwägungen mitgetheilt werden:

Die vorliegenden Fälle bieten insofern eine eigenthümliche Gestaltung dar, als das Amt, zu welchem die betreffenden Abgeordneten durch kaiserliche, beziehentlich landesherrliche Ernennung berufen worden sind, noch nicht vorhanden ist, und als diese Abgeordneten gegenwärtig und bis zum 1. Oct. d. J. ihr zeitweiliges Staatsamt verwalteten, ohne daß jene Ernennung irgendwie auf ihre damalige Amtirung sowie deren staatsrechtliche und privatrechtliche Bedeutung und Natur einen maßgebenden Einfluß äußert. Es ist nicht eine administrative oder sonst in das Ermessen der Regierung gestellte Maßregel, durch welche der wirkliche Eintritt in das Amt trotz der bereits erfolgten Ernennung des Beamten verschoben wird, sondern die einfache, unabweisliche Konsequenz einer reichsgesetzlichen Vorschrift. Insbesondere ist in Bezug auf die Ernennung zu Mitgliedern des Reichsgerichts folgendes zu bemerken: Die Durchführung der umfangreichen und tiefgreifenden Justizorganisation, welche durch die Reichsgesetze beschlossen worden ist, erfordert nothwendig eine frühere Inangriffnahme der Ernennungen zu den verschiedenen Functionen im Reichsgericht und vermag nicht einen Aufschub derselben bis zum 1. Oct. oder den letzten Wochen vor diesem Endtermin. Wenn mit dem 1. Oct. die neue Institution vollständig geordnet und mit voller Kraft in Wirksamkeit treten soll, so kann eine alsbaldige Vorbereitung, zu welcher auch die Ernennung der Reichsgerichtsmitglieder gehört, nur als höchst wünschenswerth und zweckmäßig bezeichnet werden. Es liegt hier der Fall anders als bei den sonst vorkommenden Berufungen einzelner Beamten zu einem Amte im Staats- oder Reichsdienste. Denn entweder wird hier das Amt bis zu dem Eintritt des neuernannten Beamten durch den zeitweiligen Functionär, zu dessen Nachfolger der Ernennung bestimmt ist, beziehentlich durch einen Stellvertreter oder bei Collegialbehörden durch ein anderes Mitglied verwaltet, oder es ist zwar das Amt, zu welchem die Ernennung erfolgt, ein neugeschaffenes Amt, aber immerhin ein solches, dessen Uebernahme alsbald nach der Ernennung erfolgen kann und wird; ein Aufschub der Uebernahme ist nicht nothwendig durch die Verhältnisse selbst geboten. In den gegenwärtigen Fällen ist der Aufschub des Eintritts in das neue Amt ein Act der äußern Nothwendigkeit. Denn das neue Amt existirt zur Zeit noch nicht; die Functionirung des Beamten kann nicht sofort beginnen; das

Gesetz selbst hat den Tag bestimmt, an welchem sie beginnen soll. Wenn daher die bereits gegenwärtig erfolgte Ernennung durch höhere, in der Sache selbst begründete Rücksichten geboten war, so kann der Aufschub der Functionirung nicht als eine Willkür der Regierung bezeichnet werden. Auf derartige eigenthümliche Fälle kann die Vorschrift des Art. 21 der Reichsverfassung nicht bezogen werden.

Der Neue Frankfurter Presse telegraphirt man aus Berlin vom 20. Mai: „Der Entschluß Forderbed's, das Präsidium des Reichstages niederzulegen, findet in allen liberalen Kreisen ungetheilte Zustimmung, namentlich da bekannt ist, daß die Deutsche Reichspartei entschlossen war, bei der Debatte über die Getreidezölle die Bankette Forderbed's zur Sprache zu bringen. Selbstverständlich hängt der Entschluß Forderbed's in keiner Weise mit den gestrigen Angriffen von Seiten v. Ludwig's zusammen. Thatsächlich wird bestätigt, daß ärztlicherseits schon seit Wochen Hrn. v. Forderbed eine längere Entfernung von den Geschäften angerathen wurde. Wie es heißt, würde auch Hr. v. Stauffenberg von der Vicepräsidentschaft zurücktreten.“

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung berichtet unterm 19. Mai: „Der erste Vicepräsident des Reichstages, Hr. v. Stauffenberg, welcher in der letzten Zeit durch Krankheit von der Theilnahme an den Reichstagsverhandlungen abgehalten war, hat einen acht-tägigen Urlaub angetreten und sich zur Herstellung seiner Gesundheit, begleitet vom Abg. Marquardsen, nach Schloß Ristissen begeben. Hr. v. Stauffenberg gedenkt demnächst an den Verhandlungen wieder theilzunehmen.“ Dagegen schreibt die National-Liberale Correspondenz: „Der erste Vicepräsident des Reichstages, Hr. v. Stauffenberg, welcher zur Erholung von seinem längern Unwohlsein auf acht Tage in seine Heimat gereist war, ist dort aufs neue an einem Schlaganfall erkrankt, sodaß seiner Rückkehr leider sobald nicht entgegensehen werden kann. Nach dem Rücktritt Forderbed's ist übrigens kaum zu bezweifeln, daß auch er sein Amt niederlegen wird.“ Neuesten Nachrichten zufolge hätte Hr. v. Stauffenberg bereits seinen Entschluß kundgegeben, von seiner Stellung als Vicepräsident zurückzutreten.

In welchem Tone die angeblich gouvernementale Presse Berlins über den Deutschen Städtetag, also die Vertreter des deutschen Bürgerthums, zu sprechen sich erlaubt, davon ist Folgendes aus einem Artikel der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung eine kleine Probe. Dasselbe heißt es:

Wenn man das Gebahren der Herren auf ihrem Banket betrachtet, so muß man annehmen, daß die Vorbilder der pariser Commune (!) ihren Zukunftshoffnungen vorzuziehen: ein regierender Städtetag mit dem Haupte der Residenzgemeinde, der zugleich Präsident des Reichstages ist, an der Spitze. An dem guten Willen, die verfassungsmäßigen Gewalten bei uns durch aufgeregte Gemeindeversammlungen zu ersetzen, scheint es demnach nicht zu fehlen, aber wir glauben nicht, daß diese Drachensaat (!) in Deutschland einen Boden findet, auf welchem sie aufgehen könnte. U. s. w.

Die Social-Correspondenz sagt in einem Artikel über „Kornzölle und Arbeiterwohl“:

Der Eisenwerksbesitzer Stumm hat im Reichstage behauptet: „Die wenigen Pfennige, um welche das Brot durch einen Roggenzoll verteuert werde, würden durch gesteigerte Löhne reichlich wieder eingebracht werden. Durch die neue Wirtschaftspolitik werde der Wohlstand in einer Weise zunehmen, daß die Industrie mit Erhöhung ihrer Löhne großentheils vorgehen könne, und gegen diese Erhöhung falle der Getreidezoll nicht ins Gewicht.“ Wenn es von der Wirtschaftspolitik abhänge, ob die Industrie nur so großentheils mit Erhöhung der Löhne vorgehen könne, so hätten die Socialisten recht, welche dem Staate und nicht den Privatunternehmern die Bestimmung der Lohnhöhe übertragen wollen, der geschlossene Handelsstaat müßte eine Wahrheit werden. Aber die Erfahrung lehrt, daß der Absatz der Producte und die Baarenpreise, unabhängig von der Politik einzelner Staaten, seit Jahrhunderten enormen Schwankungen unterliegen und daß weder Regierungen noch Unternehmer periodische Geschäftskrisen und schwere Heimisungen von der Arbeiterwelt abwenden könnten. Der deutsche Silberbergbau befindet sich augenblicklich in einem Verzweiflungskampfe gegen die Konkurrenz ausländischer Silberminen. Nur die äußerste Ausnutzung der Technik und Ersparnisse an Löhnen ermöglichen ihm ein Fortbestehen. Wer kann diesen Tausenden von Bergleuten in und um Freiberg, die auf 6-7 M. Wochenlohn herabgedrückt sind, höhere Löhne als Folge des Kornzolles in Aussicht stellen? Wie mit den Bergleuten, so verhält es sich mit den Millionen, welche Gewebe, Stidereien, Spielwaaren und Musikinstrumente und hundert andere Dinge für den Weltmarkt herstellen, oder mit dem weiterverzweigten Handel und der Schifffahrt Deutschlands zusammenhängen. Sie alle werden es mit jedem neuen Morgen immer deutlicher erkennen, daß der Kornzoll schlimmer als irgendeine Kopfsteuer gerade auf den untersten Klassen lasten wird. Von Salz verbraucht jeder Kopf der Bevölkerung ziemlich gleich viel, aber der Broterwerb mancher Arbeiterfamilie verschlingt die Hälfte aller Einnahmen, während der Reiche nur wenige Procente dafür verausgabt. Mitten in den politischen Partei- und Interessentkämpfen der Gegenwart und in der Ueberschätzung der Regierungsgewalt tröstet uns der Gedanke, daß die uralten Gesetze über Löhne und Preise, und die Erfahrungen der Volkswirtschaft ihre Geltung in kürzester Zeit wiedererlangen werden.

Sowol die Schlesische als die Neue Preussische Zeitung beklagen die Verwerfung des Antrags v. Wedell-Waldow auf Ermäßigung der Eisenzölle, während beide Blätter eine unverminderte Bewilligung der reinen Finanzzölle wünschen.

— Der Deutsche Reichs Anzeiger vom 20. Mai veröffentlicht das Gesetz betreffend die Vertheilung der Matricularbeiträge für das Etatsjahr 1879/80. Die Gesamtsumme beträgt 90,371,390 M., auf die einzelnen Bundesstaaten vertheilt wie folgt: 1) Preußen 44,199,312 M., 2) Baiern 19,016,557 M., 3) Sachsen 4,739,618 M., 4) Württemberg 6,777,330 M., 5) Baden 4,864,561 M., 6) Hessen 1,517,657 M., 7) Mecklenburg-Schwerin 949,119 M., 8) Sachsen-Weimar 502,607 M., 9) Mecklenburg-Strelitz 163,933 M., 10) Oldenburg 547,822 M., 11) Braunschweig 561,707 M., 12) Sachsen-Meinungen 333,838 M., 13) Sachsen-Altenburg 250,258 M., 14) Sachsen-Koburg-Gotha 313,555 M., 15) Anhalt 366,758 M., 16) Schwarzburg-Sonderhausen 115,701 M., 17) Schwarzburg-Rudolstadt 131,522 M., 18) Waldeck 93,754 M., 19) Neuf älterer Linie 806,67 M., 20) Neuf jüngerer Linie 158,572 M., 21) Schaumburg-Lippe 568,68 M., 22) Lippe 192,862 M., 23) Albed 97,865 M., 24) Bremen 245,024 M., 25) Hamburg 669,344 M., 26) Elfaß-Lothringen 3,425,579 M.

— Wie die «Tribüne» aus Reichstagskreisen erfährt, wird der Antrag Stumm auf Errichtung obligatorischer Altersversorgungs- und Invalidenkassen für die Arbeiter in dieser Session voraussichtlich nicht mehr zur Berathung gelangen. Versicherungssachverständige, wie Professor Heym in Leipzig, hätten die Undurchführbarkeit einer solchen Zwangsversicherung nachgemessen.

— Mit Bezug auf den Vertrag zwischen Deutschland und den Samoainseln vom 24. Jan. v. J. schreibt die «Tribüne»: „In England und namentlich in Amerika betrachtet man seit längerer Zeit die Stellung Deutschlands auf jenen Inseln mit großem Misstrauen. Dies beweist neben der Interpellation im englischen Unterhause die telegraphische Nachricht aus Washington, wonach das amerikanische Kriegsschiff Ladawana den Befehl erhalten hat, in den Gewässern der Samoainseln zu kreuzen. Bis jetzt ist seitens der Reichsregierung noch nichts geschehen, um das ihr vertragsgemäß zustehende Recht zur Ausübung zu bringen, und so wird man abwarten müssen, ob die Erklärungen, welche dem Reichstage bei Vorlegung des Vertrages mit Samoa gegeben werden, erkennen lassen, weshalb auf einmal zwei Marine- beziehungsweise Kohlenstationen in jenen Gewässern erforderlich sein sollen. Denn eine solche war auch schon im Vertrage mit Tonga, der dem Reichstage im März 1877 vorgelegt wurde, vorgesehen.“

Die Weser-Zeitung meint: „Entweder ist die Absicht, auf der Bavangruppe eine Kohlenstation anzulegen, aufgegeben, oder die Absicht, eine zweite im Hafen von Saluasata anzulegen, soll schließlich auf eine Gebietserwerbung (Kohlenstation) hinauslaufen, nachdem der Gedanke der Gründung einer deutschen Colonie im Jahre 1879 günstigeren Boden gefunden hat als im Jahre 1877.“

— Die Zahlen der im Märzheft 1879 der Monatshefte des kaiserlichen Statistischen Amtes enthaltenen Uebersicht über Ein- und Ausfuhr der wichtigsten Waarenartikel für den Monat März und für das erste Quartal 1879 lassen im allgemeinen auf einen gesteigerten Handelsverkehr mit dem Auslande schließen. So wurden in den ersten drei Monaten des laufenden Jahres eingeführt: von Wein in Fässern 255,210 Etr. gegen 190,919 Etr. im selben Zeitraum des Vorjahres; von rohem Kaffee 560,665 Etr. gegen 510,487 Etr. im selben Zeitraum des Vorjahres; von unbeeilten Tabakblättern 926,089 Etr. gegen 801,411 Etr. im selben Zeitraum des Vorjahres. Theilweise dürfte diese Erscheinung mit den beabsichtigten Zollherabsetzungen in Verbindung zu bringen sein. Bei bisher zollfreien Artikeln, auf welche nach dem neuen Zolltarifentwurf eine Eingangsabgabe gelegt werden soll und bei denen, wie bei Mehl, Kohlen, Petroleum etc., gleichfalls eine erheblich vermehrte Einfuhr stattgefunden hat, läßt sich ein solcher Zusammenhang weniger nachweisen, weil bei diesen Artikeln unter den Zahlen der Einfuhr eine nicht näher zu bestimmende Quote der Durchfuhr enthalten ist. Eine bemerkenswerthe Abnahme zeigt sich bei der Holzfuhr, welche durch die lange andauernde Sperrung der aus Rußland kommenden Wasserstraßen durch Eis und Hochwasser gehemmt worden zu sein scheint. Von Balken aus hartem Holz wurden z. B. nur 606,200 Etr. gegen 802,500 Etr. im ersten Quartal des Vorjahres, von Balken aus Weichholz 1,224,400 Etr. gegen 1,644,500 Etr. im Vorjahre, von Bohlen, Brettern, Latzen und Faßholz 1,766,470 Etr. gegen 2,157,400 Etr. im Vorjahre eingeführt. Beim Getreide haben sich die Einfuhren annähernd auf derselben Höhe wie im Vorjahre gehalten, die Ausfuhr dagegen nicht unerheblich abgenommen.

— Auf Grund des Reichsgesetzes vom 21. Oct. 1878 wurden verboten: das im photographischen Institut von R. P. Reinders angefertigte, im Verlage der Schlesischen Volksbuchhandlung von P. Zimmer u. Comp. in Breslau befindliche photographische Bild, welches

einen Baum darstellt, in dessen Zweigen die Medaillonporträts von 12 bekannten socialdemokratischen Parteigängern, in dessen Stamm die Medaillonporträts von Marx, Lassalle und Jacoby und an dessen Fuß die Gruft der Lassalle'schen Familie mit der Jahreszahl 1877 angebracht sind, während anlehend an den Stamm auf der linken Seite der Grabstein von Lassalle, auf der rechten Seite eine Tafel mit einem Ausspruche Jacoby's abgebildet sind; die nachbenannte Druckschrift: „Leipziger Hochverrathproceß. Ausführlicher Bericht über die Verhandlungen des Schwurgerichtes zu Leipzig in dem Proceß gegen Liebknecht, Bebel und Heyner wegen Vorbereitung zum Hochverrath vom 11. bis 26. März 1872. Bearbeitet von den Angeklagten“ (Leipzig, 1874, Druck und Verlag der Genossenschaftsbuchdruckerei).

Oesterreich-Ungarn.

Unter dem Titel „Ist der Krieg in Sicht?“ schreibt die wiener Deutsche Zeitung, anknüpfend an die Nachricht von der Vermehrung der deutschen Artillerie: Seit einiger Zeit interessieren sich die deutschen Blätter sehr lebhaft für die militärischen Vorgänge in Frankreich. Vor kurzem erschien in einem deutschen Journal ein Tableau, das die Vertheilung der französischen Cavalerieregimenter darstellte und aus dem hervorging, daß das Gros der französischen Reitertruppe in den Nord- und Ostprovinzen, also in den Deutschland zunächst liegenden Theilen des Landes, stationirt sei. Daraus wurde geantwortet, daß diese Vertheilung keine bedrohliche Absicht bezeuge; die französische Cavalerie liege im Norden, weil dort die besten Weideweiler seien. Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung replicirte hierauf, soviel man wisse, reite die französische Cavalerie nicht auf Klößen, sondern auf Pferden, und diese würden nicht auf die Weide getrieben. Nach diesem Zwischenfall blieb es eine Zeit lang ruhig. Plötzlich tauchten wieder Zeitungsnotizen auf über die französische Artillerie. Deutsche Blätter begannen, deren Material, deren Bedienungsmannschaft zu prüfen und Parallelen zwischen der numerischen Stärke der deutschen und der französischen Artillerie, sehr zum Nachtheil der ersteren, zu ziehen. Dann kamen schüchternere Hinweise auf die Nothwendigkeit eines „Ausgleichs in den Kräfteverhältnissen“, und siehe da, heute meldet bereits die National-Zeitung, daß in maßgebenden Kreisen der Plan bestehe, die deutsche Artillerie um 30 Batterien zu vermehren. Wir sind keine Freunde von Prophezeiungen, allein wir fürchten, daß die Beziehungen zwischen Berlin und Paris in der nächsten Zeit keine Verbesserung, eher eine Verschlimmerung erfahren werden.

Wir brauchen wol nicht zu sagen, daß dieser Sensationsartikel des wiener Blattes mit großer Vorsicht aufzunehmen ist.

— Ueber die Haltung der Tschechen theilt die «Presse» unterm 18. Mai Folgendes mit:

In Prag fand heute die Versammlung des gemeinsamen staatsrechtlichen Clubs der czechischen Abgeordneten statt, in welcher das Programm für die Wahlen und die Organisation der Agitation für dieselben berathen werden sollte. Wir erhielten einen telegraphischen Bericht über den Verlauf der Conferenz, woraus hervorgeht, daß Rieger's Anschauungen über das künftige Vorgehen der czechischen Abgeordneten, die er in einem Programmentwurf ausgesprochen hat, von der Majorität der Abgeordneten nicht getheilt werden, was entschieden ein günstiges und erfreuliches Anzeichen ist. Was die Hauptfrage, den Eintritt in den Reichsrath betrifft, so stand dieselbe weder in Rieger's Programmentwurf noch auf der Tagesordnung der heutigen Conferenz. Es scheint, daß die bisherigen Hauptvertreter der Passivität in dieser Beziehung die notwendige Entscheidung noch immer verzögern und verschleppen wollen und auf eine Initiative der Regierung rechnen. Auch von der Verfassungspartei erwarten sie, daß ihnen dieselbe mit Versprechungen und Anerbietungen entgegenkommen soll.

— Ueber die Thronrede bemerkt die czechische «Politika»: „Die Thronrede schweigt über die allgemeine Erwartung zuwider“ über den Punkt der Concessionen und Garantien für die Tschechen.“

Italien.

Aus Rom vom 16. Mai berichtet man der Römischen Zeitung: „Die Kammer benutzt die Pause, welche in ihren Verhandlungen über technische Vorlagen eingetreten ist, um einen Gesetzentwurf der Regierung zu erörtern, dessen Wichtigkeit für Italien bekannt ist: die Civilehe soll nach dieser Vorlage nicht bloß obligatorisch sein, sondern der kirchlichen Trauung vorangehen müssen. Die Meritalen Blätter bezeichnen die Forderung, wie zu erwarten, als „gottlos und verderblich“, doch finden diese Stimmen im Abgeordnetenhaus wenig Widerhall. Der Justizminister Tassani setzte gestern in längerer, kräftiger Rede auseinander, daß die Civilehe, so wie das Gesetz sie aufstellt, keinen Verstoß gegen die Rechte der Kirche enthält, sondern nur die Rechte des Staates wahrt. Er fand vielen Beifall, und die Stimmung der Mehrheit scheint dem Vorschlage günstig. — Bekanntlich hat die königliche Familie sich vom Papste die Erlaubniß erbeten, auf ihrem Gebiete Messe lesen zu lassen. Man hört jetzt, daß das eine ganze diplomatische Verhandlung gekostet hat, wobei die spanischen Gesandten beim Quirinal und beim Vatican die erste Vermittelung übernahmen. Die Erlaubniß, Gottesdienst abzuhalten, auf welche namentlich die Königin großen Werth legt, bezieht sich übrigens nicht auf den eigentlichen Quirinal — der bleibt interdicirt —, sondern auf ein Nebengebäude im Gartenterrain des Papstes, die sogenannte Palazzina Victor Emmanuel's. Als Gegen-

gabe hat der König 1) die Direction der Sternwarte des Collegium Romanum wieder einem Jesuiten sichern und 2) den Jesuiten die Mieth eines Locals, in welchem sie ein Seminar für Amerikaner eingerichtet haben, auf neun Jahre erneuern müssen.“

— Die neuliche Nachricht der Neuen Freien Presse, daß Graf Herbert Bismard in Rom sich befindet und mit dem Cardinal-Staatssecretär Nina conferiren werde, ist unbegründet.

Frankreich.

* Paris, 19. Mai. Nachdem bereits das Journal des Debats dieser Tage eine Warnung an England gerichtet, thut dies heute in noch viel schärferer Weise die République française. Sie bemerkt, daß in Frankreich seit den letzten zwei Monaten allmählich ein Gefühl des Misstrauens gegenüber England plaggegriffen habe, und schließt dann ihre Auseinandersetzung mit dem Nachbar über dem Kanal also: Es bleibe uns nur zu constatiren übrig, daß die Empfindlichkeit Frankreichs von jenen nicht geschont worden ist, welche keinen Grund haben, dasselbe zu verletzen, und die nur Gründe haben können, dieselbe zu achten. Die Sache hat an der syrischen Küste angefangen, ist in Aegypten fortgesetzt worden und läßt nun in Griechenland aus. Im ersten Falle hat Frankreich die vollendeten Thatfachen mit einer Rüksicht hingegenommen, welche seinem politischen Verstande alle Ehre machte; beim zweiten hat es sich über Schwankungen, ein Strauben und Widerstreben und über Vorbehalte gewundert, die es nicht verstehen konnte; beim dritten Falle mußte es sich fragen, ob es nicht besser wäre, es mit Widersachern als mit solchen Freunden zu thun zu haben. Als wir auf den Berliner Congreß gingen, haben wir es nicht daran fehlen lassen, die englische Politik zu unterstützen, weil sie auf der Seite der Gerechtigkeit stand. Woher kommt es nun, daß, wenn wir unerseits eine gerechte Sache in die Hand nehmen, die englische Politik sich unsern Absichten entgegenstellt, nachdem sie dieselben zuerst gebilligt hatte? Wenn einfach ein ungenügendes Bewußtsein der Forderungen der auswärtigen Politik Englands vorliegt, so bebauern wir dies unendlich, weniger um uns selbst als um unsern Nachbar willen, die nicht vergessen sollten, daß sie nicht genug Freunde haben, um sich den Luxus zu gestatten, auch nur einen zu opfern; wenn die Sache bedrohlich ist, so wäre dies noch ärger und die Haltung Frankreichs könnte dadurch stark beeinträchtigt werden. Dem sei wie ihm wolle; ohne weiter in einer Untersuchung zu gehen, welche wir nicht gern anstellen, wünschen wir, daß die englischen Staatsmänner nicht auf einen wenig glücklichen Weg gerathen, ehe sie sich von dem nur zu dauernden Einbruch Rechenschaft geben, den eine solche Handlung hier hervorbringen müßte, und deren geringere Nachtheil wäre, die Ueberzeugung entstehen zu lassen, daß die Spitzen der englischen Politik sich aus dem einzigen Grunde dagegen zur Wehr setzen, daß andere im Orient etwas thun, weil sie selber nichts zu thun vermögen.

Das Journal des Debats bemerkt, daß die deutsche Diplomatie, welche im Orient wie überall mit einer den andern Diplomatie oftmales fehlenden Geschicklichkeit und Energie im richtigen Moment handle, wiederum durch ihren Protest in Kairo das einzig Richtige getroffen habe. Das Blatt fügt den Wunsch hinzu, die andern Mächte möchten sich unverzüglich dem Protest Deutschlands anschließen.

Dr. Léon Say will heute auf dem Bureau der Kammer zwei Gesetzentwürfe von der größten Wichtigkeit niederlegen. Der erste betrifft eine Veränderung des Budgets von 1880. Der Finanzminister verlangt, daß man zur Herabminderung der Steuer auf die Handelspatente, wie sie schon im primitiven Budget besteht, noch eine weitere Herabminderung von 18 Centimes mache, d. h. 14 Mill., sodas die Herabminderung der Patentsteuer 25 Mill. Frs. betragen wird. Der zweite Entwurf verlangt, die zu sehr belasteten Departements zu entlasten und namentlich die von der Reblaus und von den Krankheiten des Maulbeerbaums heimgesuchten Departements und diejenigen, in denen gewisse Culturen verschwinden. Diesen würde eine Steuerermäßigung unter dem Namen Entschädigung zuerkannt werden.

Vom Zolltarifausschuß wurden für Rauchwerk die Vorschläge der Regierung angenommen, für Strohhölle die Anträge der Regierung herabgesetzt, die Cacaobutter dem gemahlten Cacao gleichgestellt, also auf 135 Frs. für 100 Kilogramm; für die bearbeiteten Häute eine Erhöhung (50 Frs. für 100 Kilogramm) eingeführt, auch der Zoll auf die andern Häute und die Lederarbeiten erhöht.

Ein gelegentlicher Correspondent des Figaro hat dem exkaiserlichen Prinzen zu Durban in der Natalcolonie am 15. April einen Besuch abgestattet und mit ihm eine kurze Unterredung gehabt. Der Prinz war ursprünglich einer Artilleriebrigade als Lieutenant à la suite ohne Patent und mithin ohne effectives Commando beigegeben worden; aber, wie er dem Correspondenten, Hrn. Paul Deléage, wörtlich bemerkte, „ich habe wohl begriffen, daß ich aus politischen Gründen kein Patent in der englischen Armee nehmen dürfte und daß ich in einem Specialcorps nur ein fünftes Rad am Wagen wäre; ich habe daher die Vergünstigung nachgesucht und erhalten, dem Generalstabe attachirt zu werden und so den Operationen der Hauptarmee aus der Nähe folgen zu dürfen. Es schien mir, daß, wenn ich nicht effectiv als Lieutenant dienen konnte, der Generalstab für mich der geeignetste

Mittelpunkt mich da b... könnte, wa... kam der... sprechen un... Ausflüchten hinzugeben. republikanif republikanif gangen, da öffentlichen die confer... Uebergang... heit und i... der Prinz... sich gegen... schüttelte e... Worten: „... josen franz... mir auch n... sets ein B...

+ Conde... denz betref... in Ostru... geben word... burg Port... den Fürsten... Konstantino... haltung de... sung dringe... der russisch... darüber au... Begehung... Bevölkerung... den Berlin... wollen ver... fürsten G... welcher ver... liche Erklär... Regierung... eine Unter... trag gesch... rumelischen... Vorfälle in... der Art, in... erfüllen.“ Geschäfts... türkischen M...

Aus B... Römischen... das Schul... werden. G... Moral und... tische, we... gehalten we... Grundlagen... Familie un... Segen We... Italien bin... Congregatio... worden seie...

Aus A... Zeitung gef... Börse eine... gekannt. E... von einer i... strophe. E... vereinig... aber folgte... die besagte... rectoren, d... Mitglied ei... hab mit an... halter auf... nen diese... Bilanzen v... haanschen... Suspendiru... institute zur... nen Gulden... Comp.; ha... falls fallirt... zusammenf... ermaßen, e... Die Stadt... bedroht. I... delvereinig... scheint wen... geblieben zu... Rotterdam,... auswärtig fa... trauen ist a...

Rußland.

Die Proclamation des Kaisers Alexander an die Bulgaren lautet:

An die Bulgaren des Fürstenthums. Bulgaren des Fürstenthums! In Erfüllung der Bedingung des Berliner Tractats habe ich an meine Truppen, welche euer Gebiet besetzt halten, den Befehl erlassen, den Rückzug aus demselben nach Ablauf der von dem Tractat festgesetzten Frist zu beginnen. Indem ich solchen Kundthue, kann ich nicht umhin, euch bei dieser Gelegenheit meinen Dank für den freundlichen Empfang, den ihr meinen Truppen beim Einrücken in eure Grenzen bereitet habt, wie auch für die Sympathie und die wahrhaft brüderliche Gesinnung auszubringen, welche ihr während ihres Aufenthalts in euerem Gebiet gegen sie an den Tag gelegt habt. Indem ihr selbst in den Reihen meiner tapferen Armee kämpft und gemeinsam mit ihr alle Kosten des Krieges tragt, habt ihr euch daran gewöhnt, sie zu achten und zu lieben, und habt mit mir den Ruhm der vollbrachten Heldenthaten getheilt. Es war mir angenehm, durch eure mehrmaligen Erklärungen Gewißheit über die Ergebenheit und Erkenntlichkeit zu erhalten, welche ihr für die uneigennütige Hülfe, welche euch bei den schweren Prüfungen, die euch betroffen, und für die Opfer, welche für eure Befreiung gebracht wurden, gegen mich und das gesammte russische Volk begt. Im Glauben an die Aufrichtigkeit dieser Gefühle zweifle ich nicht, daß ihr, Zeugen der großen Ereignisse, welche den Grund zu eurer Selbständigkeit gelegt haben, auf immer in euerem Herzen diese Gefühle bewahren und sie eurer Nachkommenschaft vererben werdet. Als meine Truppen euer Land betraten, that ich euch meine Absicht kund, eure Nationalität zu beschützen und euch die Rechte zu sichern, die jede wohlorganisirte Gesellschaft besitzt. Gott hat die für eure gerechte Sache erhobenen Waffen gesegnet und hat mir geholfen, meinen Wunsch zu erfüllen. Die Mächte erkannten aus Gerechtigkeitsgefühl dem bulgarischen Volke die Bürgerrechte zu. Der Berliner Tractat hat euch ebenfalls diese Rechte bestätigt und eure Selbständigkeit garantiert, indem er durch die Errichtung eines bulgarischen Fürstenthums für die weitere Entwicklung eurer Nation eine feste Grundlage legte. Vor euch, Bulgaren des Fürstenthums, eröffnet sich ein neuer Weg, auf dem euch die Mächte folgen, welche Antheil an eurer Wiedergeburt genommen haben. Euer Sache ist es nun, sich ihnen als Volk zu zeigen, geeignet für ein selbständiges politisches Leben und reif genug, um von den euch geschenkten Rechten Gebrauch machen zu können. Durch die Ausarbeitung des organischen Statuts für die Regierung des Fürstenthums habt ihr die Grundlage zu eurer innern Organisation gelegt und euch einen bedeutenden Antheil an den Geschäften dieser Regierung vorbehalten. Ich beweise nicht, daß ihr im Stande seiet, euch die dem Statut zu Grunde liegenden Principien zu eigen zu machen, und sie mit Nutzen für eure Entwicklung anzuwenden werdet. Ihr werdet euch einen Fürsten erwählen, der euer Leiter und der Vertreter eurer Interessen gegenüber den Mächten sein wird. Im Verein und zusammen mit dem von euch Erwählten werdet ihr die ersten Schritte auf dem Wege machen, den euch die Mächte gezeigt, und werdet dem euch von der Vorsehung gesteckten Ziel handhaft zustreben. Indem ich den künftigen ersten bulgarischen Fürsten begrüße, begrüße ich in seiner Person auch die Wiedergeburt des bulgarischen Volkes.

11. April 1879. Alexander.

Den Hamburger Nachrichten schreibt man aus Petersburg vom 15. Mai: „Die Feuerbrünste sind leider in Rußland ungleich häufiger als in Westeuropa, sie gehören zu den regelmäßig wiederkehrenden Landplagen. Die Statistik berechnet, daß in Rußland jährlich gegen 60 Mill. Rub. durch Feuerbrünste verloren gehen — wenn richtig, gewiß ein Beweis für den Reichthum des Landes! Aber die Gleichgültigkeit ist so groß, daß man ruhig die Nachbarschaft niederbrennen sieht, ohne weiter zu bedenken, wie die eigene besser geschützt werden könnte. Die enge Bauart und namentlich die vielen Holzhäuser in den Städten, die Strohdächer auf den Dörfern bilden die Hauptursache, weshalb die Brände so verheerend wirken. Einzelne Städte haben Holzbauten bereits ganz oder theilweise verboten, namentlich für alle öffentlichen Gebäude, Fabriken, Gastwirthschaften, Restaurants etc., und gestatten auch für Holzhäuser nur Zink- oder Ziegeldächer. Jedenfalls erscheint die energische Beseitigung der Holzbauten als das einzige Abhülffemittel, und wenn dadurch zugleich der Verwüsthung unserer Waldungen vorgebeugt wird, so würde eine solche Verordnung doppelten Nutzen stiften. — Die Gefangenentransporte nach Sibirien haben, wie dem petersburger Golos aus Moskau geschrieben wird, am 5. Mai begonnen. An diesem Tage wurden aus dem moskauer Centralgefängniß 300 Verbrecher nach Nischnij-Nowgorod und dann weiter nach Sibirien geschickt. Am 12. Mai folgte die zweite Partie, 400 Personen stark, ebenfalls über Nischnij-Nowgorod nach Sibirien. Die dritte Partie Verbannter, 600 Personen stark, folgt am 20. Mai. Im ganzen befinden sich gegenwärtig im moskauer Centralgefängniß mehr als 11000 (!) Personen, die für die Transportirung nach Sibirien bestimmt sind. Von diesen sind gegen 9000 Personen sogenannte politische Verbrecher. Die vierte Partie Verbannter verläßt Moskau am 26. Mai. Dann werden die in den einzelnen Gefängnissen Rußlands internirten und zur Verbannung nach Sibirien verurtheilten Verbrecher im moskauer Centralgefängniß concentrirt, worauf die neuen Transporte beginnen werden.“

— Der Röllnischen Zeitung sind wieder zahlreiche Schriftstücke aus Rußland zugegangen, welche sich auf die nihilistische Bewegung, die noch lange nicht unterdrückt sei, beziehen. Unter den Schriften befindet sich,

sagt das Blatt, „das Tollste, was überhaupt unter dem ganzen Zeug existirt: ein eigener Bericht des Mörders des Fürsten Krapotkin“. So weit hat man es doch wol nirgends gebracht, daß ein Mörder, den, gering gerechnet, allein in Rußland 100000 Augen suchen, ganz kaltblütig einen 300 Zeilen langen Bericht drucken läßt!“

Amerika.

Ueber die Zustände in Mexico entnimmt die Weser-Zeitung einem Privatbriefe aus Mazatlan vom 27. März folgende interessante Schilderung:

Seit dem 27. Jan. sind wir in eine gewisse Aufregung versetzt. Der Herausgeber der hiesigen Zeitung La Zaratula hatte nämlich die schamlose Wirthschaft unsers Gouverneurs Canedo aufs schärfste angegriffen und diesen Wiedermann in seinem vielgelesenen Blatte zur Abrechnung über verschiedene öffentliche Gelder aufgefordert; ein Verlangen, welchem jedoch nicht entsprochen wurde, weil Canedo diese Gelder und noch viele andere Staatseinkünfte in Gemeinschaft mit dem würdigen Congressmann Sinaloa auf die Seite gebracht hatte. Der Gouverneur begnügte sich damit, dem Redacteur zu drohen, und kam kurze Zeit darauf von der Residenz Culiacan nach hier, und zwar mit einem Gefolge, das aus einer Schar von sechs notorischen Räubern und Mördern bestand. Zwei Tage später wurde Galabaz auf offener Straße am Arme seiner Braut ermordet. Erst auf Drängen des erregten Volkes wurden gerichtliche Schritte eingeleitet und der Mörder, dessen Name offen bekannt und der von der Braut des Ermordeten recognoscirt wurde, verhaftet, nachdem auch nachgewiesen war, daß er am Tage des Mordes ein Schlachtmesser bei einem Deutschen gekauft hatte. Der Bandit hieß Solano und war ein Diener des Gouverneurs, sodas die öffentliche Meinung einstimmig Canedo als den Urheber, Solano als das Werkzeug des Mordes bezeichnet, eine Annahme, die durch viele Zeugen und wichtige Beweise später zur Evidenz geworden ist. Die Bestattung des Unglücklichen wurde zu einer großen Demonstration, alle Läden waren geschlossen und die ganze Bevölkerung, einschließlich aller Fremden, Officiere und Beamte, folgten dem Sarge. Auf dem Rückwege hielt der Zug vor der Wohnung Canedo's an und warf ihm die Fenster ein — Pistolenschüsse waren die Antwort. Der Tumult dauerte noch zwei Tage und war nicht eher zu Ende, als bis der Gouverneur sich veranlaßt fühlte, abzudanken. Hätte das Volk ihn gefaßt, so wäre er in Stücke zerrissen, es gelang ihm aber in der Nacht, nach Culiacan zurückzusteigen, und nur der Wachsamkeit unsers Stallmeisters ist es zu danken, daß er nicht zu seiner Flucht unsere Pferde benutzte, die wir nie wiedergesehen haben würden. Jetzt befindet Canedo sich wieder in Culiacan, und es ist gar nicht unmöglich, daß der Congress ihn freispricht und er demnächst wieder aus Ruher kommt. Um einen Begriff von den Mitgliedern des Congresses, der die Gesetzgebung und Verwaltung unsers Staates in Händen hat, zu geben, sei nur erwähnt, daß von den 11 Mitgliedern 8 wegen nachweislicher Diebstähle und Unterschlagungen in jedem geordneten Staatswesen Wölfe zupfen müßten.

Australien.

Der in diesen Tagen oft besprochene Vertrag zwischen Deutschland und Samoa ist seitens der Samoan- und Tongainfeln durch die „Excellenzen die Herren der Taimua: das Mitglied der Taimua Luia, das Mitglied der Taimua Lemana und den Unterstaatssecretär Meisale“ unterzeichnet worden.

Königreich Sachsen.

* Leipzig, 22. Mai. Die Leipziger Zeitung enthält in ihrer Nr. 119 folgenden kurzen, aber nicht mißverständlichen Artikel: „Der von uns gestern mitgetheilte Antrag der Abg. Frhr. v. Mirbach und Genossen auf Erhöhung des in Aussicht genommenen Zolles auf Weizen, Roggen, Hafer und Hülsenfrüchte von 50 Pf. auf 1 M. für 100 Kilogramm hat doch eine sehr bedenkliche Seite. Wir hätten gewünscht, daß man, gerade was die Getreidezölle anlangt, sich von seiten der schutzöllnerisch gesinnten Abgeordneten um so eher eine gewisse Mäßigung anferlege und nicht über die Vorlage der verbündeten Regierungen hinausgehen suche, als es ja notorisch ist, daß unter den letztern selbst von Anfang an die Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Getreidezölle sehr getheilt gewesen sind und die Möglichkeit nicht ausgeschlossen scheint, daß ein etwaiger Beschluß des Reichstages auf Erhöhung des proponirten Zolles auf Roggen, Weizen etc., um das Doppelte bei der Majorität des Bundesrathes auf Widerstand stoßen könnte.“ Bei den nahen Beziehungen der Leipziger Zeitung zur Regierung darf man aus diesem Artikel wol mit Sicherheit schließen, daß die königlich sächsische Regierung einem solchen Antrage auf Erhöhung der Getreidezölle entgegen ist. An der Spitze der Antragsteller steht bekanntlich neben Frn. v. Mirbach einer der Hauptwortführer der Conservativen im sächsischen Landtage, Dr. Günther aus Saalhausen.

Leipzig, 20. Mai. Der Personalstand der Anwälte am hiesigen Reichs-Oberhandelsgericht hat sich in den letzten Wochen durch den Abgang des Rechtsanwalts Illgner nach Berlin verringert. Letzterer gehörte dem Bureau des Oberhandelsgerichts seit Errichtung und Eröffnung desselben an und war einer der beschäftigtesten Advocaten dieses Tribunals. In den neun Jahren seiner hiesigen forensischen Thätigkeit erwarb er sich die Achtung seiner Collegen und das Vertrauen des Publikums in hohem Grade durch

Mittelpunkt zu meiner Ausbildung wäre und daß ich mich da bei Gelegenheit wol auch nützlich machen könnte, was ich von ganzem Herzen wünsche“. Dann kam der Prinz auf die französischen Zustände zu sprechen und schien sich hier über die augenblicklichen Aussichten der conservativen Partei keinen Illusionen hinzugeben. „Frankreich“, sagte er, „ist gegenwärtig republikanisch, das kann man nicht bestreiten, und die republikanische Partei hat noch nicht Fehler genug begangen, daß man so bald einen Umschwung in der öffentlichen Meinung gewärtigen sollte. Ueberdies ist die conservative Partei dermaßen gespalten, daß eine Uebergangsperiode nothwendig ist, um manche Unebenheit und innere Spaltung zu beseitigen.“ Nachdem der Prinz noch mit dem Correspondenten verabredet, sich gegenseitig in der Fremde behilflich zu sein, schüttelte er ihm die Hand und entließ ihn mit den Worten: „Es hat mich sehr gefreut, mit einem Franzosen französisch sprechen zu können, und das wird mir auch während der ganzen Dauer dieses Feldzugs stets ein Vergnügen sein.“

Großbritannien.

London, 18. Mai. Soeben ist eine Correspondenz betreffend Ausführung des Berliner Vertrages in Ostrumelien als Parlamentschriftstück ausgegeben worden. Der britische Botschafter in Petersburg, Lord Dufferin, schrieb am 17./29. März an den Fürsten Gortschakow, der britische Botschafter in Konstantinopel werde bei der Pforte auf strenge Einhaltung der für Ostrumelien ausgearbeiteten Verfassung dringen. Gleichzeitig drückte er, Lord Dufferin, der russischen Regierung die Befriedigung Englands darüber aus, daß das kaiserliche Cabinet in seiner Beziehung „den bulgarischen Theil der rumelischen Bevölkerung“ bei einer Opposition gegen das durch den Berliner Vertrag geschaffene Regime schätzen zu wollen verweigert habe. Es folgt eine Erwiderung des Fürsten Gortschakow, datirt vom 17./29. März, in welcher derselbe verspricht, in Konstantinopel die schriftliche Erklärung abgeben zu lassen, daß die russische Regierung allen ihren Einfluß ausbieten werde, um eine Unterwerfung unter die durch den Berliner Vertrag geschaffene Lage bei dem bulgarischen Theile der rumelischen Bevölkerung herbeizuführen. „Die jüngsten Vorfälle in Sitovo haben schon Beweis geliefert von der Art, in welcher die russischen Behörden ihre Pflicht erfüllen.“ Am 10. April ersucht Lord Salisbury den Geschäftsträger Malei, Abschriften obiger Noten dem türkischen Minister des Auswärtigen mitzutheilen.

Belgien.

Aus Brüssel vom 18. Mai schreibt man der Röllnischen Zeitung: „Bis jetzt haben 30 Redner über das Schulgesetz gesprochen, 20 wollen noch gehört werden. Heute sprach Borgé über die allgemeine Moral und über die specifisch katholische, d. h. jesuitische, welche letztere unbedingt aus der Schule fern gehalten werden müsse, da sie die meisten sittlichen Grundlagen der bürgerlichen Gesellschaft: Eigentum, Familie und Vaterland, leugne und verachten lehre. Gegen Woeste's Statistik führte er noch an, daß in Italien binnen acht Monaten 870 Mitglieder religiöser Congregationen wegen Unzucht gerichtlich verurtheilt worden seien.“

Niederlande.

Aus Amsterdam vom 17. Mai wird der Volks-Zeitung geschrieben: „Seit gestern herrscht hier an der Börse eine Aufregung, wie man sie seit Jahren nicht gekannt. Schon früh morgens circulirte das Gerücht von einer in Rotterdam erfolgten finanziellen Katastrophe. Es hieß, die Afrikaansche Handelsvereinigung hätte ihre Zahlungen eingestellt. Bald aber folgte eine Hiobspost der andern. Nicht nur hat die besagte Bank ihre Zahlungen eingestellt, ihre Directoren, die Herren Pincoffs und Kerbijn, letzterer Mitglied der I. Kammer der Generalstaaten, letzterer Mitglied einer der angesehensten Familien Hollands, sind mit andern Administratoren und dem ersten Buchhalter auf flüchtigem Fuße. Seit acht Jahren scheinen diese Herren den Generalversammlungen falsche Bilanzen vorgelegt zu haben. Der Sturz der Afrikaanschen Handelsvereinigung hatte unmittelbar die Suspendirung der Zahlungen zahlreicher anderer Bankinstitute zur Folge. Sie verlieren sämmtlich Millionen Gulden; auch eine Bank in London, Bauer u. Comp., hat bereits infolge dieser Katastrophe ebenfalls fallirt. Wie viele Häuser in Rotterdam noch zusammensinken werden, läßt sich zur Stunde nicht ermeßen, ebenso wenig wie die Verluste der Privaten. Die Stadt Rotterdam selbst ist mit einem Verluste bedroht. Das Grundkapital der Afrikaanschen Handelsvereinigung belief sich auf 9 Mill. fl. Davon scheint wenig oder gar nichts den Gläubigern übrig geblieben zu sein. Von der Verstärkung, welche in Rotterdam, hier und im Haag herrscht, kann man sich auswärts kaum eine Vorstellung machen. Das Vertrauen ist auf Jahre erschüttert.“

Sternwarte
itten sichern
Locals, in
eingesichert
ien Presse,
sch befinden
conferiren
das Jour-
nung an
viel schär-
bemerkt,
naten all-
ber Eng-
ihre Aus-
anal also:
s die Em-
worden ist,
n, und die
Die Sache
yppten fort-
ans. Im
sachen mit
politischen
sich über
und über
nte; beim
esser wäre,
zu thun zu
haben
Politik zu
keit stand.
s eine ge-
Politik sich
oben zuerst
Bewußt-
Englands
er am un-
geffen soll-
den Luzus
Sache be-
ung Frank-
em sei wie
zu gehen,
s die eng-
ischen Weg
Länder
er hervor-
wäre, die
er eng-
gegen zur
weil sie
deutsche
mit einer
schiedlich-
wiederum
schichtige
gezinu, die
a Protest
rean der
en Wich-
änderung
verlangt,
auf die
Budget
18 Cen-
abminde-
n wird.
steuert
von der
erbaums
n denen
rde eine
häbigung
Rauch-
en, für
segt, die
Alt, also
bearbei-
0 Kilo-
andern
aro hat
in der
gestattet
t. Der
rde als
in ohne
wie er
wörtlich
is poli-
Arme
alcorps
aher die
General-
nen der
a. Es
utenant
eignetste

Leipziger Börse.

21. Mai.

Wechsel.

Table with exchange rates for various locations: Amsterdam, Brüssel, London, Paris, Petersburg, Warschau, Wien.

Deutsche Fonds.

Table listing German bonds and securities with columns for title, interest rate, and price.

Bank-Disconto.

Table showing bank discount rates for Amsterdam, London, Paris, and Vienna.

Sorten.

Table listing various types of securities and their prices.

Eisenb.-Stamm-Act.

Table listing shares of railway companies.

Table listing various railway and industrial shares.

Table listing shares of the Eisenbahn-St.-Pr.-Actien.

Table listing shares of Bank-u. Credit-Actien.

Table listing shares of Industrie-Act. Prioritäten.

Table listing shares of Ausländische Fonds.

Table listing shares of Inl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of Ausl. Eisenb.-Prior.-Obl.

Table listing shares of Kohlen-Act. u. Prior.

Ankündigungen.

Theater der Stadt Leipzig.

Neues Theater. Donnerstag, 22. Mai. Die Zauberflöte. Oper in 2 Acten von E. Schikaneder. Musik von Mozart. (138. Abonn.-Vorstellung.)

Altes Theater. Donnerstag, 22. Mai. Gastvorstellung des Herrn Felix Schweighofer und des Fräulein Karoline Wendel, vom k. k. priv. Theater in Wien.

Zum ersten male: Der Herr von Perlick.

